

sie ungünstig wirkt, nicht an denen, bei denen eine positive Strafwirkung psychologisch möglich wäre. Leider hat sich Frau Diemer-Nikolaus, das verdiente Mitglied des Strafrechts-Sonderausschusses des Bundestags unter dem Druck der Modeströmung gegen die kurze Freiheitsstrafe von ihrer richtigen Meinung abbringen lassen, die kurze Strafe könne bei solchen im übrigen normalen Tätern eine heilsame Schockwirkung haben. Meine Erfahrungen sind in dem Punkt eindeutig positiv. Dagegen ist die Freiheitsstrafe, die der Kriminelle abzusitzen hat, überwiegend *negativ* zu bewerten; erst recht ist die mechanische Steigerung der Freiheitsstrafe bei Wiederholung und Rückfall, die der Bundestag beschlossen hat, als Abschreckungsmittel und Resozialisierungsmaßnahme sicherlich untauglich.

In den Vereinigten Staaten, deren Verhältnisse im Strafvollzug eher moderner sind als die unseren, ist kürzlich das Buch eines erfahrenen und angesehenen Psychiaters, Professor Karl Menninger, erschienen, dessen *Titel* schon die Meinung des Autors über die am typischen Kriminellen routinemäßig vollzogene Freiheitsstrafe zum Ausdruck bringt: *The Crime of Punishment, Das Verbrechen der Strafe*. Menninger spitzt seine Erkenntnisse in dem Satz zu: er vermute, daß die von allen eingesperrten Kriminellen begangenen Verbrechen nicht so viel Schaden anrichten wie die *gegen sie* begangenen Verbrechen, nämlich die Art des Strafvollzugs an Menschen, denen aus irgendwelchen, schicksalhaften, aber von der Wissenschaft aufzuklärenden Gründen die soziale Anpassung nicht gelungen sei. Warum ihnen diese Anpassung erschweren? Vielleicht sei unser schlimmstes Verbrechen die Unwissenheit über das Verbrechen, unsere unbekümmerte Befriedigung über Schlagzeilen und Verbrechensreportagen. Die Chancen erfolgreicher Behandlung seien, wie bei den psychischen Erkrankungen überhaupt, neuerdings erheblich gestiegen; sie nicht wahrzunehmen, sondern diese Menschen eben einzusperren, sei selber ein Verbrechen. Aus der Kriminalität *der anderen*, der normalen, angesehenen Bürger, entstehe viel größerer Schaden an Leib, Leben und Sachen. Aber wie verhalte sich der Gesetzgeber dazu? Ich zitiere folgenden boshaften Satz, der in den Zusammenhang unseres Problems der kurzen Freiheitsstrafe gehört: »Gesetzgeber neigen weniger häufig dazu, Banken zu überfallen oder Einbrüche zu begehen, als im berauschten Zustand Auto zu fahren. Deshalb ist es viel leichter, schwere Strafen für jene ersteren, viel weniger gefährlichen Delikte festzusetzen, und wir billigen das. Wir billigen strenge Strafen für diejenigen Handlungen, die zu begehen wir nur wenig in Versuchung zu geraten pflegen.«

Richard Schmid

Justiz im Sackbahnhof

Rasehorns Ausführungen über das Ende der Justiz¹ sind inspiriert von Rottleuthners Darlegungen über die Klassenjustiz². Prinzipiell stimme ich mit Rasehorn überein. Der Justizapparat, wie ihn sich der bürgerliche Obrigkeitsstaat geschaffen hatte, ist im Begriff, in einen Sackbahnhof einzulaufen, den er nie

¹ Kritische Justiz 1969, S. 273 ff.

² A. a. O., S. 1 ff.

wieder verlassen wird. Das Gleis, auf dem er einlangt, wird zum musealen Sektor. Gleichwohl herrscht in dem Bahnhof ansonsten reges Leben. Viele Züge stehen abfahrtsbereit, aber solche, die in Ansehung von Ausstattung und Insassen mit dem auf dem musealen Gleis eintreffenden nichts mehr gemein haben. Auch Rasehorn ist vom Reisefieber, das von den abfahrtsbereiten Zügen ausgeht, innerlich gepackt, obwohl er gerade erst eben den in die Feststellung ausmündenden Denkprozeß abgeschlossen hat, daß die Justiz im herkömmlichen Sinne »gewiß nicht mehr zu retten« ist. Er widmet dem Zug seine besondere Aufmerksamkeit, in dem Richter sitzen, besser: in dem Menschen sitzen, die statt der bisherigen justiziellen Stabsfunktion eine »Betreuungsfunktion« ausüben wollen, d. h. Konfliktsituationen sollen nicht mehr durch ein Gemisch von Ritual und Macht eine Scheinlösung finden, sondern durch Ursachenerforschung in Bezug auf den vorhandenen Konflikt sollen Möglichkeiten für eine unauffällige Auflösung des Konflikts im Sinne eines logischen Ablaufs gefunden werden. Diagnose und Therapie sind die geeignetsten Vergleichsworte.

Es muß dabei beachtet werden, daß bereits ein Zug mit ähnlicher Zielrichtung den imaginären Bahnhof verlassen hat, über dessen Fahrtverlauf man sich genau informieren sollte, bevor man den von Rasehorn fixierten abfahren läßt. In dem bereits abgefahrenen Zug sitzen die Konfliktkommissionen und Schiedskommissionen, wie sie durch den »Erlaß des Staatsrates der DDR über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege« v. 4. 4. 1963 (GBl. I 21) bzw. durch das Gesetz über die gesellschaftlichen Gerichte in der DDR v. 11. 6. 68 (GGG, GBl. I 229) geschaffen worden sind. Der Gesichtspunkt der Betreuung spielt bei diesen Kommissionen eine erhebliche Rolle. Nach dem vorerwähnten Erlaß obliegt es den Kommissionen u. a., »die Herausbildung der neuen, auf kameradschaftlicher Hilfe, Zusammenarbeit und gegenseitiger Erziehung beruhenden sozialistischen Beziehungen zu fördern und zu schützen«. Die Kommission »wirkt durch kritische und kameradschaftliche Auseinandersetzung erzieherisch auf den Rechtsverletzer ein und fördert unter Einbeziehung seines Arbeitskollektivs die Überwindung von Ursachen und begünstigenden Bedingungen von Rechtsverletzungen«. Die Bildung dieser Kommissionen vollzieht sich in den Betrieben, seien sie volkseigen oder privat, in den Produktionsgenossenschaften, Gemeinden bzw. Stadtwohngebieten. Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt unter Einschaltung der Gewerkschaften bzw. Nationalen Front auf die Dauer von zwei bzw. vier Jahren. Die Kommissionen werden im straf- und zivilrechtlichen Bereich tätig und erfassen das, was nach Rasehorn »80% der Arbeit von 80% der Richter« bei uns ausmacht. Die Fahrt des Zuges, in dem die Konflikt- und Schiedskommissionen sitzen, kann demnach Erfahrungen für den Zug vermitteln, dem Rasehorn unter dem Gesichtspunkt des Wechsels von der Stabs- zur Betreuungsfunktion das Startzeichen geben möchte.

Der Enthusiasmus über die baldige Abfahrt des neuen Zuges darf auch nicht dazu verleiten, die Einfahrt des zum ewigen musealen Verweilen bestimmten Zuges mit der bürgerlichen Obrigkeitsjustiz unbeachtet zu lassen, denn die Gefahr ist groß, daß es keine weiche Einfahrt wird, sondern eine solche, die womöglich über Prellbock, Querbahnsteig bis in den Wartesaal hinausgeht und erheblichen Schaden anrichtet. Die Vermeidung solchen Schadens kann das einzige Anliegen der Justizreformer sein. Mit der Abfahrt neuer Züge haben die Reformer nichts zu tun; sie haben nur für eine geräuschlose, unauffällige Einfahrt des alten Zuges zu sorgen. Die Gefahr einer harten, schadenstiftenden Einfahrt des alten Zuges ist deshalb recht erheblich, weil der Apparat der Obrigkeitsjustiz mit der ihn tragenden Rechtsdogmatik durch einen Personenkreis aus

der traditionellen Oberschicht entgegen den aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen gewonnenen Erkenntnissen kräftig in Schwung gehalten wird. Rechtsprechung und zugrundeliegendes Schrifttum weisen eine Diktion auf, die häufig nicht von dem zu unterscheiden ist, was vor 50 und mehr Jahren geschrieben wurde. Die sozialen Umschichtungen, die sich gerade im Justiziellen spiegeln sollten, werden weitgehend ignoriert. Die abstrakte, sozial unbezogene Jurisprudenz feiert unter dem Tarnmantel äußerlicher Wissenschaftlichkeit in den periodischen juristischen Druckschriften immer neue Orgien. Viele Beiträge aus diesen Druckschriften gleichen auf einer verschobenen Ebene dem, was dem Leser der täglichen Boulevardpresse zum Konsum vorgesetzt wird. Diesem Leser berichtet man in sensationeller Aufmachung über Mord und ähnliche Gewaltverbrechen; die Hintergründe solcher Geschehnisse, die sozialen und psychologischen Ursachen, sind in diesen Sensationsberichten völlig nebensächlich. In den periodischen juristischen Druckschriften wird in geradezu lüsterner Form über Hypotheken, Zustellungen, Rechtsmittelfristen, Verbotsirrtum, Verjährung und ähnliche Institutionen hin- und hergeschrieben; auch hier bleibt die Frage nach dem Warum, der wirtschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Bezogenheit dieser Institutionen weitgehend unbeantwortet. Die Schreiberlinge haben ein Ritual entwickelt, das sich stets aus sich selbst erneuert und demgemäß unendlich ist. Unendlich deswegen, weil der Frage nach dem Warum tunlichst ausgewichen wird. Ein beherzter Vorstoß in Richtung auf das Warum würde zumeist dem endlosen Hin und Her ein rasches Ende bereiten.

Von diesen Tautologien lebt auch die Rechtsprechung. Das von der bürgerlichen Auffassung vorbestimmte Ergebnis wird in ein wissenschaftliches Mäntelchen gehüllt, das aus dem vorbeschriebenen »Schrifttum« geschneidert wird. Um jede sich stellende Frage ist von der gesellschaftlich unbezogenen juristischen Boulevardliteratur ein Hexenring – dieser der Pilzkunde entnommene Begriff bezeichnet die kreisförmig angeordnete Verteilung von Pilzfruchtkörpern auf Wald- und Wiesenflächen, wobei sich der Kreis von Jahr zu Jahr erweitert – aufgezüchtet worden, aus dem man sich geeignet erscheinende Pilze heraus schneiden kann. Der Personenkreis, der Rechtsprechung so versteht, ist an der Beendigung dieses netten Spielchens nicht interessiert. Dieser Zustand ist auch ein prächtiger Tummelplatz für die in der traditionellen Oberschicht häufig anzutreffenden Strebernaturen. Die Justiz in ihrer gesellschaftlichen Unbezogenheit ist für sie ein leicht überschaubares Feld, auf dem man bequem eine nette Position erwandern kann.

Dieser Personenkreis hat sich auch in erheblichem Umfang des juristischen Prüfungswesens bemächtigt. Aus dieser Sicht sind die Aktionspostulate der Aktion Kritischer Juristen (Referendare) eine logische Konsequenz (vgl. KJ 1969, S. 293). Es ist dort die Rede von besonders bornierten Ausbildern, deren Wirken sich dann besonders schädlich auswirkt, wenn sie außerdem noch Prüfungsfunktionäre sind. Kritische Studenten und Referendare stoßen bei solchen Personen auf unsachlichen Widerstand, wenn es darum geht, Folgerungen aus der progressiven Erkenntnis über den Unwert des gegenwärtigen Justizsystems zu ziehen. Unabhängig von dem nunmehrigen Erkenntnisstand wollen diese Ausbilder das Spielchen innerhalb des Hexenringes fortführen, das auch für die einfachsten Gemüter einigermaßen überschaubar ist. Das Festhaltenwollen an diesem nicht dem Sein entsprechenden Beschränkungskreis steigert sich bei manchen bis zur psychischen Verklemmtheit. Die Gedankengänge der Mittelmäßigkeit werden zum Maß aller Dinge proklamiert. Um es konkreter auszudrücken: Ein Examinator dieser Provenienz wird alles niederzuhalten versuchen, was über seine

beschränkte Erkenntniswelt hinausgeht, in die er selbst oft nur unter Anspannung aller Kräfte gerade noch Einlaß gefunden hat.

Die Starrheit dieses beängstigenden Zustands in Rechtsprechung und Prüfungswesen kann durch Reformen gemildert werden. Es wäre aber ein Irrglaube anzunehmen, solche Reformen könnten zu echten Veränderungen führen. Sie können allenfalls, um auf das Gleichnis vom Sackbahnhof zurückzukommen, die Fahrt des Zuges der bürgerlichen Obrigkeitsjustiz bremsen und somit Auffahrtschäden vermeiden. Aber selbst ein Teil dieser Reformbestrebungen ist mit Skepsis zu betrachten. So spricht Rasehorn u. a. von der richterlichen Selbstverwaltung als einer erstrebenswerten Institution im Rahmen der Reformen. Teil dieser Selbstverwaltung ist die Mitwirkung der Präsidialräte bei Ernennungen und Beförderungen von Richtern. Ein recht gefährliches Verfahren! Es führt häufig nicht zur Milderung der von der bürgerlichen Obrigkeitsjustiz geschaffenen Situation, sondern gerade zu deren Versteinerung. Der Personenkreis mit dem beschränkten Erkenntnisstand innerhalb der obrigkeitlichen Richterschaft neigt zur Cliquenbildung, um innerhalb der Präsidialräte rückschrittliche Tendenzen personell wirksam werden zu lassen. Solche Cliquen können nur ausgeschaltet werden, wenn die Ernennungs- und Beförderungsbefugnisse für Richter auf die Volksvertretungen oder aus diesen gebildete Gremien übertragen werden, weil dadurch zumindest die Öffentlichkeit des Verfahrens hergestellt wäre. Die durch Cliquen gefährdeten Präsidialräte tagen in nicht öffentlicher Sitzung. Ihre Arbeitspraxis sei durch folgendes Beispiel demonstriert: Ein Richter aus der Gruppe der Arbeitersöhne, die bekanntlich nur ca. 2% der gesamten Richterschaft repräsentieren, hat sich um ein Beförderungsamts beworben. Ein Präsidialratsmitglied teilt unter dem Siegel der Verschwiegenheit mit, man habe den Bewerber nicht berücksichtigen können, weil er kurz nach dem 2. Weltkrieg, als er wegen seiner politischen Unbelastetheit in der Verwaltung tätig war, wegen Bestechung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sei. Niemand kann wegen der Nichtöffentlichkeit des Verfahrens die Richtigkeit des Gerüchts prüfen. Eine besondere Nuance erhält der Fall noch durch die weitere Mitteilung des Präsidialratsmitgliedes, daß er dieses Faktum zunächst übersehen habe, aber seine Gattin habe die Personalakten des Bewerbers noch einmal durchgeschaut und sei dabei auf die Bestrafung des Bewerbers gestoßen.

Daß die Einschaltung solcher Selbstverwaltungseinrichtungen der Richterschaft nicht in die Rubrik Reformen einzuordnen ist, bedarf keiner weiteren Erörterung. Derartige Praktiken dienen nur der Verfestigung der alten Herrschaftsverhältnisse der Obrigkeitsjustiz.

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Sinnvolle Reformen sollen lediglich eine geräuschlose, schadenvermeidende Einfahrt der Obrigkeitsjustiz auf dem Museumsgleis gewährleisten, damit sie dort von künftigen Generationen als Gewesenes und Überholtes beschaut werden kann, wie wir bereits das dort abgestellte germanische Thing oder das fränkische Königs- und Hundertschaftsgericht oder das mittelalterliche Freigericht als Rechtsdenkmäler der Betrachtung unterziehen.

Heinz Düx